



Yvonne Ploetz

Mitglied des Deutschen Bundestages  
Frauenpolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE.

---

Yvonne Ploetz, MdB • Platz der Republik 1 • 11011 Berlin

Platz der Republik 1  
11011 Berlin

MdB-Büro im Bundestag,  
Jakob-Kaiser-Haus, Raum 2.838  
Telefon 030 227 – 72992  
Fax 030 227 – 76982  
E-Mail: [yvonne.ploetz@bundestag.de](mailto:yvonne.ploetz@bundestag.de)

Fraktionsbüro der Frauenpolitischen Sprecherin

Telefon 030 227 - 51825  
Fax 030 227 - 56740  
E-Mail: [frauenpolitik@linksfraktion.de](mailto:frauenpolitik@linksfraktion.de)

Berlin, 7. Juni 2013

## Stellungnahme „Altersarmut als Folge weiblicher Erwerbslebens?“

Sehr geehrte Hannelore Buls, sehr geehrte Carola v. Braun,

vielen Dank für Ihre Mail an das Büro Jörn Wunderlich. Die Mail wurde an mein Büro weitergeleitet und gerne nehme ich als Frauenpolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE. Stellung zu Ihrem überparteilichen Positionspapier.

Altersarmut in der Bundesrepublik ist überwiegend weiblich. Frauen haben deutlich niedrigere Renten als Männer. 2011 lag die durchschnittliche Altersrente von Frauen in Westdeutschland mit 495 Euro monatlich nur knapp halb so hoch. Auch bei den Frauen im Osten besteht ein deutlicher Abstand von fast 200 Euro, obwohl sie aufgrund einer höheren Erwerbsbeteiligung und geringeren Unterbrechungen deutlich bessere Rentenansprüche aufbauen konnten. In Ostdeutschland ist seit der Wende die Frauenarbeitslosigkeit jedoch stark angestiegen, weshalb die Altersarmut absehbar zunehmen wird. In Westdeutschland werden die durch die steigende Erwerbsbeteiligung von Frauen erreichten Zuwächse durch das Absinken des Rentenniveaus weitgehend wieder zu Nichte. Auch wenn hier die Zahlbeträge mit jedem Rentenzugang etwas steigen, sind sie noch weit entfernt davon, Frauen im Alter eine eigenständige armutsfeste Alterssicherung gewährleisten zu können.

Die Hauptursachen für die niedrigen Renten von Frauen sind niedrige Löhne und Unterbrechungen der Erwerbsbiografie wegen Kindererziehung und Pflege. Hinzu kommen Zeiten der Arbeitslosigkeit. Frauen haben im Westen im Schnitt nur 27 Versicherungsjahre vorzuweisen, verglichen mit etwa 41 Jahren bei den Männern und weit entfernt von den in der Rentenpolitik idealtypisch unterstellten 45 Jahren. Von den von den Unionsparteien und der SPD in die Diskussion gebrachten Vorschlägen für die Aufstockung niedriger Renten würden die meisten von ihnen nichts haben, da sie die hohen Anspruchsvoraussetzungen nicht erfüllen.



Yvonne Ploetz  
Mitglied des Deutschen Bundestages

Seite 2 von 2 Seiten des Schreibens vom 07.06.2013

---

Statt solcher Placebos brauchen Frauen eine Politik, die es ihnen ermöglicht eine eigenständige auskömmliche Alterssicherung aufzubauen und die ihnen auch im Fall, dass dies nicht gelingt, im Alter ein Leben in Würde und frei von Armut garantiert. Dafür steht DIE LINKE.

Die Fraktion DIE LINKE setzt sich ein:

- für eine wirkliche Vereinbarkeit von Familien- und Berufsleben: Um Frauen die Teilhabe an Erwerbsarbeit zu ermöglichen, müssen die gebührenfreie Ganztagsbetreuung für Kinder ausgebaut und die Arbeitswelt familienfreundlich umgestaltet werden.
- für die Gleichstellung von Frauen auf dem Arbeitsmarkt und die Herstellung von Entgeltgleichheit.
- für gute Arbeit und einen gesetzlichen Mindestlohn. Denn Gute Arbeit und gute Löhne führen auch zu guten Renten.
- Die Fraktion DIE LINKE will geringfügige Beschäftigung in reguläre sozialversicherungspflichtige Arbeitsverhältnisse überführen. Dies würde besonders Frauen helfen, da sie besonders häufig in solchen Minijobs arbeiten. Auch wollen wir die Rahmenbedingungen so verändern, dass Frauen ihre Arbeitszeit ausdehnen können und nicht unfreiwillig in kleinen Teilzeitverhältnissen arbeiten müssen.
- Die Fraktion DIE LINKE kämpft für eine Lebensstandard sichernde und armutsfeste Rente:
  - Das Rentenniveau muss wieder steigen, damit die Rente den Lebensstandard im Alter sichern und langjährig Versicherten Renten deutlich oberhalb des Grundsicherungsniveaus bieten kann.
  - Der Solidarausgleich in der gesetzlichen Rentenversicherung wollen wir stärken:

Auch für vor dem 1. Januar 1992 geborene Kinder sollen der Mutter (oder dem Vater) für die ersten drei Lebensjahre eines Kindes pro Jahr Erziehungszeiten in Höhe des Durchschnittseinkommens aller Versicherten gutgeschrieben werden.

Wir werden uns auch weiterhin parlamentarisch und gemeinsam mit außerparlamentarischen BündnispartnerInnen dafür einsetzen, dass das gesamtgesellschaftliche Problem der auch heute schon bestehenden Altersarmut von Frauen gelöst wird.

Für Gespräche und Rückfragen stehe ich Ihnen gerne zur Verfügung.

Herzliche Grüße